

Anfrage Müller (Felsberg) betreffend Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Kanton Graubünden

Die jüngsten massiven Gewalttaten gegen Frauen in der Schweiz, die hohen Opferzahlen im Bericht der Opferhilfe des Kantons Graubünden sowie die Äusserungen in diversen Diskussionsforen der sozialen Medien haben in der Öffentlichkeit erneut für Aufsehen gesorgt. Sie rufen in Erinnerung, dass Gewalt gegen Frauen weitaus verbreiteter ist, als allgemein angenommen.

Gewalt gegen Frauen betrifft die ganze Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen geht uns alle an. Den Kollegen im Team, wenn seine Kollegin zuhause verprügelt wird. Die Grossmutter, deren Enkelin im Ausgang belästigt wird. Den Bruder, dessen Schwester an ihrem Arbeitsplatz sexuelle Übergriffe erleidet. Die Kinder, deren Eltern sich in gewalttätiger Weise auseinandersetzen.

Gewalt gegen Frauen verletzt nicht nur die betroffenen Frauen, sie belastet auch familiäre und private Beziehungen. Sie verhindert ein selbstbestimmtes Leben. Sie schüchtert Frauen ein, ob sie nun direkt betroffen sind, Zeuginnen werden oder sich aus Angst vor Gewalt nicht frei bewegen können.

Gewalt gegen Frauen bzw. häusliche Gewalt ist strafbar, diskriminierend und eine Verletzung der Menschenrechte. Es liegt deshalb im Interesse der gesamten Gesellschaft und des Staates, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, zu ahnden und ihr vorzubeugen. Mit dieser Einsicht hat die Schweiz die Istanbul-Konvention des Europarates angenommen und ratifiziert. Umgesetzt wird sie nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch in jedem Kanton. Sie trat am 1. April 2018 in Kraft.

In ihrer Antwort vom 23. August 2017 auf die Anfrage Locher Benguerel hält die Regierung in Wiederholung des Wortlauts aus der bundesrätlichen Botschaft unter anderem fest: *Bund und Kantone erfüllten die Anforderungen der Istanbul-Konvention weitestgehend. Und weiter wolle sie abwarten und prüfen, welche zusätzliche Massnahmen der Bund den Kantonen empfehlen wird.*

Im Jahr 2009 wurde das Bündner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt beendet. Es dauerte fünf Jahre, bis die Regierung eine der Forderungen des Projektes umsetzte, indem sie eine Koordinationsstelle im Sozialamt einrichtete. Seither sind wiederum vier Jahre vergangen, und es ist nicht sichtbar geworden, wie die Koordinationsstelle wirkungsvolle Massnahmen umsetzt, die den Anforderungen der Istanbul-Konvention entsprechen. Obwohl ein neuer Leistungsvertrag mit dem Frauenhaus Graubünden in Kraft ist, arbeiten diese und andere Organisationen und Fachkräfte nach wie vor zu einem grossen Teil mit Spenden von privater Seite. Prävention und Sensibilisierung als wichtige Anforderungen der Istanbul-Konvention sind für die Öffentlichkeit kaum sichtbar.

Wir gelangen deshalb mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Wird die Regierung in der Umsetzung der Istanbul-Konvention eine aktive Rolle einnehmen und dazu beizutragen, dass Massnahmen mit den nötigen Mitteln ausgestattet und umgesetzt werden?
2. Plant die Regierung, dass die Koordinationsstelle im Sozialamt nicht nur koordiniert, sondern auch Mittel zur Verfügung hat, konzeptionell zu arbeiten und interdisziplinäre Projekte umzusetzen?
3. Wie gedenkt die Regierung die Bevölkerung in Bezug auf Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu informieren und zu sensibilisieren?
4. Werden jene Stellen, welche mit Opfern von häuslicher Gewalt oder mit gewaltbetroffenen Frauen zu tun haben (Stabsstelle für Chancengleichheit, Polizei, Justiz, Soziale Dienste usw.) zur Umsetzung der Istanbul-Konvention geschult? Wenn nein, wann ist dies geplant?

Chur, 1. September 2018

Müller (Felsberg), Widmer (Felsberg), Atanes, Baselgia-Brunner, Bigliel, Brandenburger, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Chur), Clalüna, Degiacomi, Deplazes (Chur), Erhard, Gasser, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hofmann, Holzinger-Loretz, Horrer, Locher Benguerel, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schwärzel, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thöny, Ulber, von Ballmoos, Widmer-Spreiter (Chur), Wieland, Wilhelm, Zanetti (Sent)



Sitzung vom

Mitgeteilt den

Protokoll Nr.

25. September 2018

27. September 2018

741

Anfrage Müller (Felsberg)

betreffend Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt im Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Am 1. April 2018 ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV-Nr. 210; Istanbul-Konvention) für die Schweiz in Kraft getreten. Sie ist das umfassendste internationale Übereinkommen, welches sich die Bekämpfung dieser Art von Menschenrechtsverletzungen zum Ziel setzt. Die Eckpfeiler des Übereinkommens sind die Bereiche Gewaltprävention, Opferschutz, Strafverfolgung sowie ein integrativer Politikansatz.

Die Istanbul-Konvention hat das Ziel, physische, psychische und sexuelle Gewalt gegen Frauen europaweit auf einem vergleichbaren Standard zu verhüten, zu bekämpfen und zu verfolgen. Dies gilt auch für Stalking, Zwangsheirat, die Verstümmelung weiblicher Genitalien sowie Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation. Bei häuslicher Gewalt erfasst das Übereinkommen alle Opfer von Gewalt, unabhängig vom Geschlecht.

Zu Frage 1: Für die Umsetzung des Übereinkommens sind im Rahmen ihrer Aufgaben und Kompetenzen sowohl Bund wie Kantone zuständig. Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) koordiniert die Umsetzung des Übereinkommens auf nationaler Ebene. Es erstattet dem Europarat hierzu regelmässig Bericht.

Auf kantonaler Ebene übernimmt die Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt (SKHG) im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Konferenz der Sozialdirektorinnen

und -direktoren (SODK) die Koordination. Die Koordinationsstelle gegen häusliche Gewalt Graubünden ist Mitglied der SKHG. Wesentliche Kompetenzen zur Umsetzung der Anforderungen liegen bei den Kantonen, namentlich die Strafverfolgung, die Opferhilfe sowie der Erwachsenen- und Kinderschutz.

Am 13. November 2018 findet eine vom EBG organisierte nationale Konferenz zur Istanbul-Konvention in Bern statt. Die Konferenz zeigt die Grundzüge der Istanbul-Konvention auf, informiert über die völkerrechtliche Verantwortung und den Monitoringprozess des Europarats. Beleuchtet wird die Rolle von Bund, Kantonen und Nichtregierungsorganisationen im Umsetzungsprozess und wie sie ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf eine integrale und koordinierte Politik gestalten.

Zu Frage 2, 3 und 4: Die Koordinationsstelle gegen häusliche Gewalt hat seit ihrer Schaffung im Jahr 2015 Massnahmen zur Sensibilisierung vorgenommen, die Vernetzung mit nationalen Konferenzen sichergestellt und die Kooperation der beteiligten Institutionen und Ämter im Kanton eingeleitet. Im Rahmen des integralen Ansatzes haben Abklärungen mit der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft, der Opferhilfe, dem Amt für Migration und Zivilrecht, der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, der Stiftung Frauenhaus, dem Amt für Justizvollzug, der Beratungsstelle für gewaltausübende Personen, dem Kantonsarzt, dem Erziehungsdepartement und der Stabsstelle für Chancengleichheit stattgefunden.

Der Kanton Graubünden wird nach der nationalen Konferenz zur Istanbul-Konvention in Bern die Ergebnisse und die empfohlenen Massnahmen der Arbeitsgruppe prüfen und aufgrund der kantonsinternen Abklärungen über das weitere Vorgehen entscheiden. Er beabsichtigt, die Umsetzung wenn möglich interkantonal zu koordinieren.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Müller (Favugn) concernent la realisaziun da la Convenziun d'Istanbul per prevegnir a e per cumbatter cunter violenza envers dunnas e cunter violenza a chasa en il chantun Grischun

Ilis ultims acts violents massivs envers dunnas en Svizra, las autas cifras da victimas en il rapport da l'agid a victimas dal chantun Grischun sco er las manifestaziuns en divers forums da discussiun da las medias socialas han puspè procurà per irritaziun. Els fan endament che la violenza envers dunnas è bler pli derasada, che supponì en general.

Violenza envers dunnas pertutga tut la societad. Violenza envers dunnas pertutga nus tuts. Ilis collegas en il team, cur che lur collega vegn pluntada a chasa. La tatta, da la quala la biadia vegn mulestada en sortida. Il frar, dal qual la sora sto supportar mulestas sexualas a la piazza da lavur. Ilis uffants, dals quals ilis geniturs han confruntaziuns violentas.

Violenza envers dunnas na fa betg mo mal a las dunnas pertutgadas, ella engrevgescha er las relaziuns famigliaras e privatas. Ella impedescha ina vita autodeterminada. Ella fa tema a las dunnas, saja ch'ellas èn directamain pertutgadas, d'aventan perditgas u na pon betg sa mover libramain pervia da la tema da violenza.

Violenza envers dunnas resp. violenza a chasa è chastiabla, discriminanta ed ina violaziun dals dretgs umans. Perquai èsi en l'interess da tut la societad e dal stadi da cumbatter, da chastiar e da prevegnir a la violenza envers dunnas. Cun questa enconuschientscha ha la Svizra acceptà e ratifitgà la Convenziun d'Istanbul dal cussegl da l'Europa. Realisada na vegn la convenziun betg mo sin plaun naziunal, mabain er en mintga chantun. Ella è entrada en vigur il 1. d'avrigl 2018.

En sia resposta dals 23 d'avust 2017 a la dumonda Locher Benguerel constatescha la regenza – repetind il text da la missiva dal cussegl federal – tranter auter che: *La confederaziun ed ils chantuns adempleschian las pretensiuns da la Convenziun d'Istanbul per la pli gronda part. E plinavant veglia ella spetgar ed examinar, tge mesiras supplementaras che la confederaziun vegnia a recumandar als chantuns.*

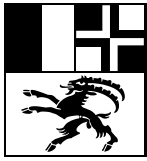
L'onn 2009 è vegnì terminà il project d'intervenziun grischun cunter violenza a chasa. I ha durà 5 onns fin che la regenza ha realisà ina da las pretensiuns dal project cun endrizzar in post da coordinaziun tar l'uffizi dal servetsch social. Dapi quella giada èn puspè passads 4 onns ed ins n'ha betg chapì, co ch'il post da coordinaziun realisescha mesiras effizientas che correspundan a las pretensiuns da la Convenziun d'Istanbul. Schebain ch'in nov contract da prestaziuns cun la chasa per dunnas dal Grischun è en vigur, lavuran la chasa per dunnas ed autras organisaziuns e persunas spezializadas anc adina per gronda part cun donaziuns da vart privata. Prevenziun e sensibilisaziun sco pretensiuns impurtantas da la Convenziun d'Istanbul n'èn strusch da percepir en la publicitad.

Nus ans drizzain perquai a la regenza cun las suandantas dumondas:

1. Vegn la regenza ad occupar ina rolla activa per realisar la Convenziun d'Istanbul, e vegn ella a gidar a dotar las mesiras cun ils meds finanzials necessari ed a realisar las mesiras?
2. Prevesa la regenza ch'il post da coordinaziun tar l'uffizi dal servetsch social na coordineschia betg mo, mabain haja er a disposiziun meds finanzials per prestar lavur concepziunala e per realisar projects interdisciplinars?
3. Co pensa la regenza d'infurmar e da sensibilisar la populaziun per la violenza envers dunnas e per la violenza a chasa?
4. Vegnan quels posts che han da far cun las victimas da violenza a chasa u cun las dunnas pertutgadas da violenza (post da stab per l'egualitad da las schanzas, polizia, giustia, servetschs socials e.u.v.) scolads per realisar la Convenziun d'Istanbul? Sche na, cura èsi previs da far quai?

Cuira, il 1. da settember 2018

Müller (Favugn), Widmer (Favugn), Atanes, Baselgia-Brunner, Bigliel, Brandenburger, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Cuira), Clalüna, Degiacomi, Deplazes (Cuira), Erhard, Gasser, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hofmann, Holzinger-Loretz, Horrer, Locher Benguerel, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schwärzel, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thöny, Ulber, von Ballmoos, Widmer-Spreiter (Cuira), Wieland, Wilhelm, Zanetti (Sent)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

25 da settember 2018

27 da settember 2018

741

Dumonda Müller (Favugn)

concernent la realisaziun da la Convenziun d'Istanbul per prevegnir a e
per cumbatter cunter violenza envers dunnas e cunter violenza a chasa en il
chantun Grischun

Resposta da la regenza

Per la Svizra è entrada en vigur il 1. d'avrigl 2018 la Convenziun dal cussegl da l'Europa davart la prevenziun ed il cumbat cunter violenza envers dunnas (STE nr. 210; Convenziun d'Istanbul). Ella è la convenziun internaziunala la pli cumplessiva cun la finamira da cumbatter cunter quest gener da violaziuns dals dretgs umans. Las pitgas da la Convenziun èn ils secturs da la prevenziun da violenza, da la protecziun da victimas, da la persecuziun penala sco er d'ina politica integrativa.

La Convenziun d'Istanbul ha la finamira da prevegnir a, da cumbatter cunter e da perseguitar la violenza fisica, psichica e sexuala envers dunnas sin in standard cumparegliabel en tut l'Europa. Quai vala er per il stalking, la maridaglia sfurzada, la mutilaziun da genitalias femininas sco er per l'abort sfurzà e per la sterilisaziun sfurzada. En cas da violenza a chasa registrescha la Convenziun tut las victimas da violenza, independentamain da la schlattaina.

Tar la dumonda 1: Per realisar la Convenziun èn cumpetents tant la confederaziun sco er ils chantuns en il rom da lur incumbensas e da lur cumpetenzas. L'uffizi federal per l'egualitad tranter dunna ed um (UFEG) coordinescha la realisaziun da la Convenziun sin plaun naziunal. El rapporta regularmain en chausa al cussegl da l'Europa.

Sin plaun chantunal surpiglia la coordinaziun la conferenza svizra cunter violenza a chasa (SKHG) per incumbensa da la conferenza da las directuras e dals directurs

chantunals da giustia e polizia (CDCGP) e da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials (CDAS). Il post da coordinaziun cunter violenza a chasa dal Grischun è commember da la SKHG. Cumpetenzas essenzialas per realisar las pretensiuns han ils chantuns, particularmain la persecuziun penala, l'agid a victimas sco er la protecziun d'uffants e da creschids.

Ils 13 da november 2018 ha lieu a Berna ina conferenza naziunala, organisada dal UFEG, davart la Convenziun d'Istanbul. La conferenza mussa ils princips da la Convenziun d'Istanbul, infurmescha davart la responsabladad da dretg internaziunal e davart il process da monitoring dal cussegl da l'Europa. Dilucidada vegn la rolla da la confederaziun, dals chantuns e da las organisaziuns nunguvernamentalas en il process da realisaziun e sclerì vegn il fatg, co ch'els concepeschon lur collavuraziun en vista ad ina politica integrala e coordinada.

Tar las dumondas 2, 3 e 4: Dapi sia creaziun l'onn 2015 ha il post da coordinaziun cunter violenza a chasa prendì mesiras per sensibilisar las persunas, garantì il contact cun las conferenzas naziunalas ed inizià la cooperaziun da las instituziuns e dals uffizis participads en il chantun. En il rom da la proposta integrala han gì lieu scleriments cun la polizia chantunala, cun la procura publica, cun l'agid a victimas, cun l'uffizi da migraziun e da dretg civil, cun l'autorità per la protecziun d'uffants e da creschids, cun la fundaziun "chasa per dunnas", cun l'uffizi per l'execuziun giudiziala, cun il post da cussegliaziun per persunas violentas, cun il medi chantunal, cun il departament d'educaziun e cun il post da stab per l'egualità da las schanzas.

Suenter la conferenza naziunala davart la Convenziun d'Istanbul a Berna vegn il chantun Grischun ad examinar ils resultats e las mesiras recumandadas da la gruppa da lavur ed a decider davart l'ulteriur proceder sin fundament da ses scleriments entaifer il chantun. El ha l'intenziun da coordinar la realisaziun sche pussaivel sin plaun interchantunal.



En num da la regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Interpellanza Müller (Felsberg) concernente l'attuazione della Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica nel Cantone dei Grigioni

I recenti aspri atti di violenza contro le donne in Svizzera, l'elevato numero di vittime indicato dal rapporto dell'Aiuto alle vittime del Cantone dei Grigioni nonché quanto emerso dai diversi fori di discussione sui social media hanno fatto nuovamente scalpore tra il pubblico. Essi ricordano che la violenza nei confronti delle donne è ben più diffusa di quanto generalmente si pensi.

La violenza contro le donne concerne l'intera società. La violenza contro le donne riguarda tutti noi. I colleghi di lavoro di una donna che a casa viene picchiata. La nonna la cui nipote viene molestata quando esce. Il fratello la cui sorella è confrontata a molestie sessuali sul posto di lavoro. I bambini i cui genitori discutono in modo violento.

La violenza contro le donne non ferisce solo le donne che subiscono direttamente tale violenza, bensì interessa anche le relazioni familiari e private. Impedisce di vivere una vita autodeterminata. Intimorisce le donne, sia che esse siano direttamente interessate, testimoni di tali atti o che per paura della violenza non si sentano più libere di muoversi.

La violenza contro le donne e la violenza domestica sono punibili, discriminanti e rappresentano una violazione dei diritti umani. È perciò nell'interesse di tutta la società e dello Stato lottare contro la violenza nei confronti delle donne, punire e prevenire tale violenza. Con questa consapevolezza la Svizzera ha recepito e ratificato la Convenzione di Istanbul del Consiglio d'Europa. Essa viene applicata non solo a livello nazionale, bensì anche in ogni Cantone. È entrata in vigore il 1° aprile 2018.

Nella sua risposta del 23 agosto 2017 all'interpellanza Locher Benguerel, il Governo, riportando il testo del messaggio del Consiglio federale, osservava tra l'altro quanto segue: *Confederazione e Cantoni soddisferebbero in ampia misura i requisiti della Convenzione di Istanbul. Inoltre vorrebbe attendere e valutare le ulteriori misure che la Confederazione raccomanderà ai Cantoni.*

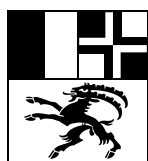
Nel 2009 è stato concluso il progetto d'intervento grigionese contro la violenza domestica. Ci sono voluti cinque anni affinché il Governo attuasse una delle richieste del progetto, istituendo un servizio di coordinamento presso l'Ufficio del servizio sociale. Da allora sono ancora trascorsi quattro anni e non risulta in che modo il servizio di coordinamento attui misure efficaci che corrispondano ai requisiti della Convenzione di Istanbul. Sebbene sia in vigore un nuovo mandato di prestazioni con la Casa della donna dei Grigioni, questa e altre organizzazioni e specialisti lavorano tuttora in gran parte con donazioni fatte da privati. La società praticamente non nota alcun segnale relativo a prevenzione e sensibilizzazione quali importanti requisiti della Convenzione di Istanbul.

Poniamo pertanto al Governo le seguenti domande:

1. Il Governo assumerà un ruolo attivo nell'attuazione della Convenzione di Istanbul e darà un contributo affinché le misure vengano dotate dei mezzi necessari e attuate?
2. Il Governo prevede che il servizio di coordinamento presso l'Ufficio del servizio sociale non si occupi solo del coordinamento, ma abbia anche mezzi a disposizione per lavorare in maniera strategica e attuare progetti interdisciplinari?
3. In che modo il Governo intende informare e sensibilizzare la popolazione in merito alla violenza nei confronti delle donne e alla violenza domestica?
4. I servizi che hanno a che fare con le vittime di violenza domestica o con donne colpite da violenza (Ufficio di coordinamento per le pari opportunità, Polizia, giustizia, servizi sociali ecc.) vengono formati per quanto concerne la Convenzione di Istanbul? In caso negativo, quando è prevista tale informazione?

Coira, 1° settembre 2018

Müller (Felsberg), Widmer (Felsberg), Atanes, Baselgia-Brunner, Bigliel, Brandenburger, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Coira), Clalüna, Degiacomi, Deplazes (Coira), Erhard, Gasser, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hofmann, Holzinger-Loretz, Horrer, Locher Benguerel, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Schwärzel, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thöny, Ulber, von Ballmoos, Widmer-Spreiter (Coira), Wieland, Wilhelm, Zanetti (Sent)



Seduta del

Comunicato il

Protocollo n.

25 settembre 2018

27 settembre 2018

741

Interpellanza Müller (Felsberg)

concernente l'attuazione della Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica nel Cantone dei Grigioni

Risposta del Governo

Il 1° aprile 2018, in Svizzera è entrata in vigore la Convenzione del Consiglio d'Europa sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica (STCE n. 210; Convenzione di Istanbul), il trattato internazionale più completo che si prefigge di combattere questo tipo di violazione dei diritti umani puntando sulla prevenzione della violenza, la protezione delle vittime, il perseguimento penale e un approccio politico integrativo.

La Convenzione di Istanbul ha l'obiettivo di prevenire, contrastare e perseguire in tutta Europa la violenza fisica, psichica e sessuale contro le donne garantendo standard paragonabili. Ciò vale anche per lo stalking, il matrimonio forzato, le mutilazioni genitali femminili nonché l'aborto forzato e la sterilizzazione forzata. In caso di violenza domestica la Convenzione fa riferimento a tutte le vittime di violenza, indipendentemente dal genere.

In merito alla domanda 1: per l'attuazione della Convenzione sono competenti sia la Confederazione sia i Cantoni, nel quadro dei loro compiti e delle loro competenze. L'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo (UFU) coordina l'attuazione della Convenzione a livello nazionale. A tale proposito redige regolarmente un rapporto a destinazione del Consiglio d'Europa.

A livello cantonale il coordinamento è assunto dalla Conferenza svizzera contro la violenza domestica (CSVD), su incarico della Conferenza delle direttrici e dei direttori

dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP) e della Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali (CDOS). Il servizio di coordinamento contro la violenza dei Grigioni è membro della CSVD. Competenze sostanziali relative all'attuazione dei requisiti spettano ai Cantoni, segnatamente il perseguimento penale, l'aiuto alle vittime nonché la protezione di adulti e bambini.

Il 13 novembre 2018 a Berna avrà luogo una conferenza nazionale organizzata dall'UFU in merito alla Convenzione di Istanbul. La conferenza illustrerà i principi della Convenzione di Istanbul, informerà in merito alla responsabilità internazionale e al processo di monitoraggio del Consiglio d'Europa. Verrà spiegato il ruolo di Confederazione, Cantoni e organizzazioni non governative nel processo di attuazione e il modo in cui avviene la collaborazione in vista di una politica integrale e coordinata.

In merito alle domande 2, 3 e 4: dalla sua istituzione nel 2015, il servizio di coordinamento contro la violenza domestica ha posto in essere misure di sensibilizzazione, ha garantito la messa in rete con conferenze a livello nazionale e ha avviato la cooperazione delle istituzioni e degli uffici coinvolti nel Cantone. Nel quadro dell'approccio integrale hanno avuto luogo accertamenti con la Polizia cantonale, la Procura pubblica, l'aiuto alle vittime, l'Ufficio della migrazione e del diritto civile, l'Autorità di protezione dei minori e degli adulti, la fondazione Casa della donna, l'Ufficio per l'esecuzione giudiziaria, l'Ufficio di consulenza per le persone che esercitano violenza, il medico cantonale, il Dipartimento dell'educazione e l'Ufficio di coordinamento per le pari opportunità.

Dopo la Conferenza nazionale di Berna relativa alla Convenzione di Istanbul il Cantone dei Grigioni valuterà i risultati e le misure suggerite dal gruppo di lavoro e prenderà una decisione in merito all'ulteriore procedura sulla base di accertamenti interni al Cantone. Esso intende se possibile coordinare l'attuazione a livello intercantonale.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin